



Berlin, 30. Januar 2009

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

die Rettungspakete für die Bewältigung der Finanzmarktkrise halten die Welt in Atem. Schwindelerregende Summen werden gehandelt, täglich erreicht eine neue Hiobsbotschaft die Öffentlichkeit. Die Banken brauchen staatliche Hilfe. Die Autoindustrie als Schlüsselindustrie fordert die Unterstützung des Steuerzahlers. Einzelne Unternehmen hoffen auf Finanzspritzen des Staates. Die Politik ist im Zugzwang. Tut sie nichts, setzt sie sich dem Vorwurf aus, sehenden Auges den Abstieg der Wirtschaft in Kauf zu nehmen. Setzt sie sich ein, sprechen verschiedene Kommentatoren von Staatswirtschaft. Geld kosten Rettungsaktionen allemal – sehr viel Geld, das mit einem Nachtragshaushalt und einer gigantischen Neuverschuldung einher geht.

In dieser schwierigen Zeit kommen wir im öffentlichen Dienst mit unserer Tarifforderungen. 8 %, mindestens 200 € lautet unsere begründete Forderung. Wie nicht anders zu erwarten, reibt sich ein Teil der Kommentatoren an dieser Forderung, findet sie maßlos, unverschämt, nicht bezahlbar. Wenn unsere Forderung zu 100 % erfüllt und auf die Beamten- und Versorgungsempfänger übertragen wird, kostet dies die Länder und Kommunen rund 7 Mrd. €. Zugegeben eine beachtliche Summe, die sich auf die Länder und Kommunen verteilt.

Während die Politik im Konjunkturprogramm Abwrackprämien zur Stützung der Konjunktur einsetzt und keine Garantie hat, dass damit die inländischen Autobauer ihre auf Halde liegenden Autos verkaufen können, wäre eine 7 Mrd. € umfassende Gehaltserhöhung ein tatsächlich wirksames Konjunkturpaket. Die große Mehrheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst würde das Netto-Mehr-Einkommen konsumieren. So gesehen passt die Forderung durchaus in die Landschaft. Sie ist auch nicht abwegig oder zu hoch. Sie entspricht auch der Forderung, die im

vergangenen Jahr für die Beschäftigten des Bundes und die Tarifangehörigen der Kommunen erhoben wurde. Der Tarifabschluss für diesen Bereich liegt noch nicht so weit zurück.

Und die Beschäftigten der Länder und die Beamten der Kommunen fragen sich zu Recht, warum sie geringere Bezüge erhalten sollten, als die Beschäftigten des Bundes und die Tarifangestellten der Kommunen. Auch wenn die Arbeitgeber und Dienstherren andere Gebietskörperschaften vertreten, geht es hier wie da gleichermaßen um den öffentlichen Dienst. Die Forderung wurde auch nicht einfach nur in den Raum gestellt, sondern basiert auf Zahlen und Fakten. Natürlich spiegelt sich darin wieder, dass die Steuereinnahmen des vergangenen Jahres über Plan liegen. Berücksichtigt wurde bei der Forderungsfindung aber auch, dass die Entwicklung des Bruttoinlandprodukts im Jahr 2009 keine positiven Vorzeichen haben wird.

Nun sind die ersten beiden Verhandlungsrunden ohne Annäherung und ohne Ergebnis geblieben. Die gegenseitigen Positionen wurden ausgetauscht. Die vorhandenen oder nicht vorhandenen Spielräume sind aufgezeigt. Wir warten jetzt, dass in der 3. Verhandlungsrunde am 14. / 15. Februar die Arbeitgeber mit konkreten Angeboten anreisen. Um diese Entwicklung zu beflügeln, werden wir bis zu diesem Termin Warnstreiks und Protestmaßnahmen organisieren. Die Arbeitgeber und die Öffentlichkeit sollen sehen, dass die Beschäftigten bereit sind, für ihre berechtigten Anliegen zu streiten und zu kämpfen. Gerade in Krisenzeiten wird für jedermann sichtbar, dass ein gut funktionierender öffentlicher Dienst notwendig ist, dass im öffentlichen Dienst gute Mitarbeiter gebraucht werden, die ggf. das reparieren können, was die viel gepriesene freie Wirtschaft in den Sand gesetzt hat.

Einigkeit, Geschlossenheit und solidarisches Mitkämpfen sind die Schlüssel zum Erfolg. Daher sind Alle gefordert, für ein gutes Tarifergebnis, welches auf die Beamten übertragen wird, mitzukämpfen.

*Mit kollegialen Grüßen*

*Ihr*

*Dieter Ondracek*

*(DSTG Vorsitzender)*